

Katastrophenschutz: Es geht schleppend voran

Der Staat unterstützt Städte und Gemeinden, um beispielsweise Sirenen auszubauen. Das Geld reiche aber nicht aus, kritisiert der Feuerwehr-Verband. Und man brauche mehr Elemente, um die Bevölkerung zu alarmieren.

Von Felix Futschik

Allgäu „Es besteht keine Gefahr. Bitte schließen Sie vorsorglich Fenster und Türen und halten Sie diese geschlossen“: So warnten Einsatzkräfte über Lautsprecher die Bevölkerung rund um den Großbrand in Durach (Kreis Oberallgäu) in der Nacht auf Dienstag. Auch die Warnapp NINA schlug an. Die Frage, wie Bevölkerung und Rettungskräfte im Gefahrenfall am besten informiert werden, ist mit der Flutkatastrophe im Ahrtal vor zwei Jahren wieder in den Fokus gerückt. Es tut sich was beim Katastrophenschutz, allerdings läuft zum Beispiel der Sirenen-Ausbau schleppend.

Der Bund reagierte nach der Flut und stellte Fördertöpfe für Städte und Gemeinden bereit. Sie sollen damit unter anderem Sire-

nen anschaffen. Um Deutschland flächendeckend mit einem Warnsystem auszurüsten, wären 100 Milliarden Euro notwendig, berichtet Jürgen Weiß. Er ist Referent beim Landesfeuerwehrverband Bayern. Der Fördertopf des Bundes reiche aber nicht aus. „Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, dass der Bund mehr Haushaltsmittel bereitstellt“, sagt Weiß.

Bayern hat bislang um die 13 Millionen Euro bekommen. Um im Katastrophenfall die Bevölkerung zu alarmieren, sei ein Warnmix notwendig. Es brauche ein lautes Signal, das Aufmerksamkeit erzeugt. Anschließend könne sich die Bevölkerung über verschiedene Kanäle – Fernsehen, Radio, Apps, Smartphone – informieren.

Seit dem Start des Förderprogramms sind laut einem Sprecher der Regierung von Schwaben 133 Anträge auf Sirenenanlagen einge-



Eine Alarmsirene auf einem Hausdach. Foto: Jens Büttner, dpa (Symbolbild)

gangen. 42 Anträge wurden aus den vorhandenen Mitteln bewilligt. Die Zahlen haben sich in den vergangenen Monaten kaum verändert. Bisher ist nach wie vor offen, ob der Bund weitere Mittel zur Verfügung stellt.

Aber auch die Feuerwehrkräfte müssen informiert werden. Ein Problem: Bayernweit gebe es etwa 200.000 Einsatzkräfte, die nur über Sirenen benachrichtigt werden, berichtet Weiß. Teilweise seien die Sirenen veraltet, sie müssten auf digitale Empfänger umgerüstet werden und verfügten nicht über eine Notstromversorgung.

Seit Mai gibt es in Bayerns Innenministerium ein eigenes Melde- und Lagezentrum. Damit sollen Einsatzkräfte in ganz Bayern etwa bei größeren und aufwendigen Einsätzen besser koordiniert werden. „Dass sich Gesetze oder Vorschriften messbar geändert

hätten, kann man nicht sagen“, berichtet Klaus Liepert mit Blick auf den Katastrophenschutz. Er ist beim Technischen Hilfswerk in Memmingen tätig und stellvertretender Landessprecher.

Gehe es um Katastrophenfälle in der Region, arbeiten die Einsatzkräfte laut Liepert gut und schnell zusammen. Schwieriger sei es, wenn es über Bundesländer-Grenzen hinaus gehe. Bei Anforderungen, zum Beispiel von Feuerwehren, seien die Innenministerien und weitere Stellen wie die Regierungsbezirke und Kommunen involviert. Das koste Zeit. Beim THW als Bundesanstalt seien die Strukturen einfacher. Liepert betont auch, dass bei Katastrophen wie im Ahrtal anfangs oft noch der Überblick fehle. Und es habe keinen Sinn, auf Verdacht Material oder das oft ehrenamtliche Personal anzufordern.